

Bürokratisch Wasserspass

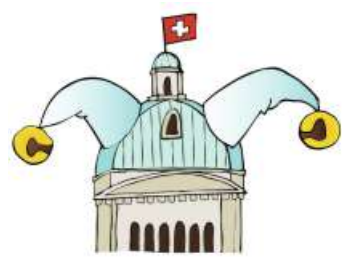
Das grösste Problem im Staat ist der Bürger. Er will nicht so wie der Beamte. Er kennt keine Rücksicht auf die Energiestrategie. Also muss der Bürger erzogen werden. Zum Beispiel mit Broschüren. Das Bundesamt für Energie produziert derlei propagandistische Druckschriften am Laufmeter. Unlängst zum Thema «Wasserspass». Die Energiebeamten ha-



ben Skandalöses entdeckt: Wer den Warmwasserhahn öffnet, hat seine Hände oft schon gewaschen, bevor das warme Nass aus dem Boiler die Finger überhaupt erreicht. Nämliches kühlt dann ungenutzt in der Röhre aus. Eine fürchterliche Verschwendung! Was also tun? Amtlicher Ratsschlag: Die Hände mit kaltem Wasser waschen. Wir finden: Das Wasser so lange laufen lassen, bis auch wirklich warmes kommt. Wäre doch schade, wenn wir den Beamten keinen Grund zur Volks-erziehung mehr böten. (pho.)

Politapéro Schmutzige Dates und Wortklauberei

SVP-Nationalrat **Toni Brunner** wirbt gegen die Energiestrategie. Es drohe die Gefahr, dass künftig nur noch kalt geduscht werden dürfe, sagte er zu den Journalisten - «oder Sie müssen



künftig ungeduscht zum Date». Die Angst hielt sich in Grenzen. Wahrscheinlicher dürfte sein, dass die SVP am Abstimmungs-sonntag kalt geduscht wird.

Die rechte Ratshälfte hat ein Problem. Auch wenn es bei der Budgetberatung fast nie um wirkliche Einsparungen geht, reden Politiker und Medien der Einfachheit halber von Sparmassnahmen. SVP-Vizepräsident **Thomas Aeschi** gibt nun Gegensteuer. Es gehe um «Ausgabenwachstumsbeschränkungsmaßnahmen», sagte er - und musste zugleich selbst darüber lachen. «Wir suchen weiterhin ein passendes Wort», räumte der Zuger Nationalrat ein.

SVP-Übervater **Christoph Blocher** hat die Fake-News-Debatte um einen neuen Akzent bereichert. Verärgert über das bescheidene Medienecho auf die Medienkonferenz des überparteilichen Komitees gegen das Energiegesetz vom vergangenen Donnerstag, warf er im «Teleblocher» der Presse vor, sie gehe wieder in das alte «Fake-News-Zeugs» hinein. Denn etwas nicht zu bringen, sei auch eine Verfälschung der Meinung.

Viele Demente, aber kaum Daten

Gesundheit Mit den steigenden Zahlen von Demenzkranken wachsen auch die Anforderungen an Gesellschaft und Politik. Alzheimer Schweiz will die Kantone stärker in die Pflicht nehmen.

Eva Novak

Im Kampf gegen die «Volkskrankheit Krebs» soll ein Register mithilfe, Prävention, Früherkennung und Behandlung zu verbessern: Mit dieser Begründung hat der Bundesrat diese Woche eine Verordnung in die Vernehmlassung geschickt, wonach Krebserkrankungen künftig schweizweit einheitlich erfasst werden. Im Kampf gegen die «Volkskrankheit Demenz» ist man noch lange nicht so weit. «Wir wissen nicht, wie viele Menschen mit einer diagnostizierten Demenz in der Schweiz leben», sagt Stefanie Becker, Gerontologin und Geschäftsleiterin von Alzheimer Schweiz.

Die Vereinigung hat jüngst neue Schätzungen über die Häufigkeit von Demenz publiziert. Danach sind zurzeit 144 000 Menschen an Demenz erkrankt, rund 25 000 mehr als bisher angenommen. Bis 2045 werden es voraussichtlich weit mehr als 300 000 sein (siehe Ausgabe vom 2. April). Dabei handelt es sich nicht um gesicherte Erkenntnisse aus Studien, denn solche gibt es in der Schweiz nicht, sondern um Hochrechnungen, die auf Meta-Analysen einer Reihe von Untersuchungen in anderen europäischen Ländern beruhen.

Fehlende Daten erschweren Planung

Genauere Zahlen auch für die Schweiz wären nach Becker wichtig, um die Versorgung der hiesigen Betroffenen angemessen planen zu können: «Der Sinn jeder Versorgungsleistung misst sich am Bedarf. Wenn ich den nicht kenne, kommen Planungen entweder zu spät oder sind nicht bedarfsgerecht - das ist gesundheitsökonomischer Blödsinn», sagt sie. Von gesicherten Erkenntnissen zur Demenzhäufigkeit ist man hierzulande noch weit entfernt. Das hängt auch damit zusammen, dass Zentren wie die Memory-Kliniken nur eine Kapazität von etwa 5000 Diagnosen



Eine ältere Frau in einem Malkurs speziell für demente Menschen.

Bild: Getty

pro Jahr aufweisen, was bei geschätzten 27 000 Neuerkrankungen bei weitem nicht ausreicht. Ein grosser Teil der Diagnosen wird vom Hausarzt gestellt, einige vom Neurologen, vom Alterspsychiater oder Geriater, und wieder andere vom Pflegepersonal im Heim. Auch dies sind indes nur Vermutungen: «Wir wissen es einfach nicht», so Becker.

Eine bessere Datenlage gehört zwar zu den Zielen der nationalen Demenzstrategie, die der Bund seit 2014 verfolgt. Doch Geld wurde dafür keines zur Verfügung gestellt, also geht die Umsetzung nur «sehr, sehr langsam voran», wie es die Geschäftsführerin von Alzheimer Schweiz formuliert. Dennoch nennt sie die Strategie einen «Meilenstein». Dank ihr habe man es geschafft,

die wichtigen Player im Demenzbereich an einen Tisch zu bringen und zu gemeinsamen Projekten zu animieren. Zudem habe sie zu einem stärkeren Bewusstsein von Demenz geführt.

Mit den Fallzahlen steigt der Handlungsbedarf

Bereits heute sind Alzheimer und andere demenzielle Erkrankungen der häufigste Grund für Pflegebedürftigkeit im Alter. Sie stellen auch die dritthäufigste Todesursache, nach Herz-Kreislauf-Leiden und Krebs. Mit den Fallzahlen steigt auch der politische Handlungsbedarf: Alzheimer Schweiz möchte vor allem die Kantone stärker in die Pflicht nehmen. Die kantonalen Sektionen versuchen, Leistungsverträge abzuschliessen, um die Versor-

gung, Beratung und Begleitung von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen besser sicherzustellen.

Dies ist bisher erst in neun Fällen gelungen, wobei sich Art und Anzahl der Leistungen ebenso stark unterscheiden wie deren Entschädigung. So hat die Sektion St. Gallen-Appenzell von Alzheimer Schweiz einen dreijährigen Leistungsvertrag für den Aufbau von Netzwerken abgeschlossen, was mit jährlich 25 000 Franken honoriert wird. Nid- und Obwalden haben ebenfalls eine Leistungsvereinbarung, in Luzern steht eine solche noch aus.

Ein weiteres Defizit hat Alzheimer Schweiz bei der fehlenden Koordination ausgemacht. Eine Person mit Demenz habe heute viel zu viele Ansprechpart-

ner und müsse sich die Informationen an vielen verschiedenen Stellen zusammensuchen. Das sei ein grosses Problem, so Becker, das mit Koordinationszentren gelöst werden müsse.

Mit den wachsenden Fallzahlen werde allerdings auch das Verständnis steigen, ist die Spezialistin überzeugt. Da an jedem Erkrankten mindestens zwei bis drei Personen im nahen Umfeld hängen, multipliziert sich die Zahl jener, die in ihrem persönlichen Umfeld mit Demenz konfrontiert sind, enorm. «All diese Betroffenen kennen die Probleme und sind bereit, sich für deren Lösung einzusetzen», prophezeit die Alzheimer-Schweiz-Fachfrau und fügt an die Adresse der Politik hinzu: «Schliesslich sind das alles Wählerinnen und Wähler.»

Jungfreisinnige auf Konfrontation mit den Liberalen

FDP Ob Energiestrategie, No-Billag-Initiative oder Geldspielgesetz: Die Jungfreisinnigen weichen in wichtigen Geschäften von ihrer Mutterpartei ab. Woran liegt das?

Alle Jungparteien, die die Energiestrategie befürworten, waren versammelt: Die Jungpolitiker der SP, CVP, Grünen, GLP und BDP. Im Einklang mit ihren Mutterparteien traten sie am Freitag vor die Medien und begründeten ihr Ja zur Abstimmung vom 21. Mai. Nur eine Jungpartei fehlte: die Jungfreisinnigen. Deren Präsident Andri Silberschmidt war in gleicher Sache einen Tag vorher vor die Presse getreten - neben SVP-Nationalrat Toni Brunner. Als Gegner der Energiestrategie.

Vor einer Woche hatten die Jungfreisinnigen am Jahreskongress mit 110 zu 5 Stimmen einen klaren Entscheid gegen das Energiegesetz gefällt. Die Jungpartei der FDP stellte sich damit auch deutlich gegen ihre Mutterpartei, die für die Energiestrategie eintritt. Es ist dies nicht die einzige

Differenz bei aktuellen wichtigen Dossiers. Bei der No-Billag-Initiative muss man innerhalb der FDP-Fraktion die Befürworter mit der Lupe suchen. Anders die Jungfreisinnigen: Zusammen mit der Jungen SVP stehen sie am Ursprung der Initiative. Am Jahreskongress sprachen die Delegierten der Jungpartei 30 000 Franken für den Abstimmungskampf zu Gunsten der Initiative.

Ein Graben tut sich auch beim Geldspielgesetz auf. Die FDP-Fraktion hat sich mit grosser Mehrheit für Netzsperrungen ausgesprochen, womit der Zugang auf Websites ausländischer Online-Casinos nicht mehr möglich wäre. Für die Jungfreisinnigen ist das ein rotes Tuch, sie ziehen gar ein Referendum in Betracht. Was ist los mit der Jungpartei? Oder müsste man eher fragen: Was ist

los mit der FDP? Der Auserwählte Ständerat und FDP-Vizepräsident Andrea Caroni gehörte bis vor kurzem ebenfalls zu den Jungfreisinnigen. Er sagt, es sei sinnvoll, dass die Jungpartei auch mal von der Mutterpartei abweiche. «Es ist die Rolle der Jungparteien, die reine Lehre zu verkünden, während die Politiker in gewählten Ämtern nach Mehrheiten suchen müssen», sagt er.

Im Parlament tobt ein Kampf der Interessengruppen

Caroni äussert sich lobend über den Nachwuchs. «Ordnungspolitisch sind die Jungfreisinnigen manchmal strikter als die FDP», sagt er. Beispielhaft zeige sich das beim Energiegesetz, wo der Liberalismus auf knallharte Interessenpolitik treffe. Die hehren Ideale drohten dabei unterzugehen,

«denn es gibt viele sympathische Menschen und Interessensvertreter, die sich an Parlamentarier wenden, um einen Vorteil herauszuholen». Diesem Druck sei die Jungpartei nicht ausgesetzt. Silberschmidt sieht im Kampf gegen Partikularinteressen die Hauptaufgabe der Jungpartei. Gleichzeitig äussert er Verständnis für die FDP-Fraktion. «Sie sieht vor allem die Verbesserungen, die das Energiegesetz im Parlament erfahren hat», sagt er. Für die Jungfreisinnigen sei das anders. «Wir sehen das vorliegende Gesetz - und dieses ist unliberal.»

Bei den Netzsperrungen ortet Caroni vor allem eine Generationenfrage. Da sich die Jungen häufiger im Internet bewegten, seien sie gegenüber Einschränkungen des Zugangs kritischer. Eine klare Differenz macht Caro-

ni hingegen bei der No-Billag-Initiative aus. «Hier habe ich den Eindruck, dass die Jungfreisinnigen ideologisch überborden.» Caroni findet zwar ebenfalls, dass die SRG zu gross geworden ist, «doch deswegen das Angebot gleich von 100 auf 0 herunterzufahren, ist nicht im Interesse der Schweizer Demokratie.»

Silberschmidt sieht auch hier eher eine Generationenfrage. «Wir Jungen sind uns gewohnt, für einzelne Filme zu bezahlen und nicht pauschal für ein Angebot, das wir sowieso nicht nutzen», sagt er. Insgesamt relativiert Silberschmidt die Abweichungen. «Wichtig ist mir vor allem, dass wir uns in den Kernfragen der Wirtschafts-, Finanz- und Europapolitik einig sind.»

Roger Braun